IPG

KOMMENTAR 05.10.2016 | Jean Pisani-Ferry

Wachstum macht arm und radikal

Globalisierung führt zu wirtschaftlicher und politischer Polarisierung. Die Politik muss gegensteuern.

In vielen Ländern lässt sich anhand des Wohnorts der Menschen gut vorhersagen, wen sie wählen werden. Besonders sichtbar war dies auf den wahlgeografischen Landkarten der Volksabstimmung vom Juni über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union. Ein ähnliches Muster kann bei der Stimmenverteilung der US-Präsidentschaftswahlen von 2012 oder der französischen Unterstützung für Marine Le Pens Nationale Front bei den Regionalwahlen von 2015 beobachtet werden. Und sehr wahrscheinlich wird dies auch auf die nächsten US-Präsidentschaftswahlen zutreffen. Viele Bürger leben an Orten, wo ein großer Teil ihrer Nachbarn ebenso wählt wie sie selbst.

Diese Wahlgeografie ist ein Zeichen für eine tiefe wirtschaftliche, soziale und bildungsmäßige Kluft. In wohlhabenden Städten, wo sich Akademiker sammeln, wird meist für international orientierte und oft der linken Mitte angehörige Kandidaten gestimmt, während in Bezirken der unteren Mittelklasse oder Arbeiterklasse handelskritische Kandidaten bevorzugt werden, die häufig nationalistisch und politisch rechts ausgerichtet sind. Dass Städte wie New York, London, Paris oder Berlin Bürgermeister der linken Mitte haben, während kleinere, wirtschaftlich schwache Städte rechte Politiker bevorzugen, ist kein Zufall.

Regionale oder lokale Wahlmuster sind so alt wie die Demokratie selbst. Neu ist allerdings eine wachsende Korrelation räumlicher, sozialer und politischer Polarisierung, die zu einer Entfremdung der Bürger untereinander führt. Wie Enrico Moretti von der Universität von Kalifornien in Berkeley in seinem Buch The New Geography of Jobs betont, ist diese neue Teilung unverkennbar: In den reichsten städtischen Gebieten der USA besteht die Hälfte der Bewohner aus Akademikern, während diese in schlechter gestellten Gegenden viermal weniger zahlreich sind.

Diese politische Spaltung wird durch wirtschaftliche Schocks noch verstärkt. Wer an traditionellen, von der Globalisierung betroffenen

Produktionsstandorten lebt und arbeitet, gehört gleich mehrfach zu den Verlierern: Arbeitsplätze, Wohnqualität und das Schicksal der Kinder und Verwandten sind alle hochgradig miteinander verknüpft.

Wer an traditionellen, von der Globalisierung betroffenen Produktionsstandorten lebt und arbeitet, gehört gleich mehrfach zu den Verlierern.

In einer faszinierenden neuen Studie haben David Autor vom MIT und seine Mitverfasser die politischen Folgen dieser Entwicklung untersucht. Sie fanden heraus, dass US-Bezirke, deren Wirtschaft stark von chinesischen Exporten betroffen ist, darauf reagiert haben, indem sie moderate Volksvertreter durch radikalere – rechte oder linke – Politiker austauschten. Also hat die Globalisierung sowohl zu wirtschaftlicher als auch zu politischer Polarisierung geführt.

Diese Kluft wurde von den Regierungen zu lange ignoriert. Einige von ihnen haben ihr Vertrauen in eine Trickle-Down-Wirtschaftspolitik gesetzt, andere in eine geldpolitisch angetriebene Renaissance des Wachstums und der Beschäftigung, und wieder andere in haushaltspolitische Umverteilung. Aber all dies hat wenig zur Lösung beigetragen.

Die naive Hoffnung, der Wohlstand werde früher oder später alle Gebiete erreichen, wurde weitgehend widerlegt. Moderne wirtschaftliche Entwicklungen sind in erheblichem Maße von Interaktionen abhängig, die wiederum eine hohe Dichte von Unternehmen, Fähigkeiten und Innovatoren erfordern. Dies führt zu einer Bevorzugung von Agglomerationen, weshalb größere Städte eher Erfolg haben und kleinere Städte an den Rand gedrängt werden. Sobald ein Gebiet beginnt, Fähigkeiten und Unternehmen zu verlieren, gibt es wenig Hoffnung, dass sich dieser Trend von allein wieder umkehren wird. Keine Arbeit zu haben kann sich dann schnell zur neuen Normalität entwickeln.

Gegen diese Probleme bietet auch die Vergrößerung der Gesamtnachfrage kaum eine Lösung. Selbst wenn es wahr bleibt, dass eine Flut sämtliche Boote in die Höhe hebt, scheint sie dies jedoch nicht gleichmäßig zu tun. Stärkeres nationales Wachstum bedeutet oft sogar noch mehr Wohlstand und Dynamik für die wohlhabenderen Städte und nur wenige oder gar keine Vorteile für die Abgehängten – und damit eine tiefere und noch unerträglichere Kluft. Das Wachstum selbst bekommt dann eine spaltende Wirkung.

Stärkeres nationales

Und ob Transferleistungen nun gegen Ungleichheit wirken und die Armut bekämpfen

Wachstum bedeutet oft sogar noch mehr Wohlstand und Dynamik für die wohlhabenderen Städte und nur wenige oder gar keine Vorteile für die Abgehängten.

oder nicht: Auf jeden Fall tragen sie nur wenig dazu bei, das soziale Gefüge zu reparieren. Darüber hinaus wird ihre langfristige Nachhaltigkeit immer stärker angezweifelt.

In ihrer Antrittsrede kündigte die britische Premierministerin Theresa May einen „unionistischen" Ansatz gegen die wirtschaftlichen und sozialen Nöte des Landes an. Und die US-Präsidentschaftskandidaten haben erneut den starken Drang nach nationalem und sozialem Zusammenhalt erkannt. Auch in der nächsten französischen Präsidentschaftskampagne werden zweifellos ähnliche Stimmen laut. Aber auch, wenn das Ziel klar ist, haben die Politiker doch oft keine Ahnung, welche Mittel sie anwenden können.

Im Rahmen der US-Präsidentschaftskampagne ist Handelsprotektionismus wieder modern. Aber auch wenn Importbeschränkungen die Nöte einiger Produktionsgebiete lindern, werden sie die Unternehmen nicht davon abhalten, dorthin umzuziehen, wo die Wachstumsaussichten am stärksten sind. Sie werden die Arbeiter auch nicht vor technologischen Veränderungen schützen. Und sie werden die Entwicklungsmuster von gestern nicht wieder zurückbringen.

Vor allem in Großbritannien, aber auch anderswo, wird die Wirtschaftsmigration immer stärker in Frage gestellt. Aber auch hier wird durch die Beschränkung der Einreise osteuropäischer Arbeiter vielleicht die Lohnkonkurrenz oder der Anstieg der Immobilienpreise gemildert, aber nicht das relative Schicksal kleiner oder großer Städte verändert.

Statt das Gegenteil zu behaupten, müssen die Politiker anerkennen, dass es gegen die ungleichmäßige Geografie moderner Wirtschaftsentwicklung keine Patentrezepte gibt. Auch wenn dies unbequem sein mag, ist der Aufstieg der Großstädte doch eine Tatsache – die übrigens nicht bekämpft werden sollte, da sie kein Nullsummenspiel ist: Große Städte erwirtschaften durchaus wirtschaftliche Vorteile für die Gesamtheit.

Was die öffentliche Politik tun muss, ist sicherzustellen, dass die wirtschaftliche Agglomeration nicht die Chancengleichheit bedroht. Regierungen können nicht bestimmen, wo sich Unternehmen ansiedeln. Aber auch wenn die Einkommen der Arbeitnehmer von ihrem Wohnort

beeinflusst werden, liegt es doch in der Verantwortung der Politik, zu gewährleisten, dass das Schicksal der Menschen nicht von ihrem Geburtsort besiegelt wird. Mit anderen Worten, die öffentliche Hand ist dafür zuständig, die Korrelation zwischen Geografie und sozialer Mobilität zu begrenzen. Wie Raj Chetty aus Stanford und andere gezeigt haben, ist dies in den USA nicht gewährleistet, und ähnliche Muster können auch in anderen Ländern beobachtet werden.

Infrastruktur kann helfen. Effizienter Transport, gute Gesundheitssysteme und Breitbandinternetanschlüsse können dazu beitragen, dass kleinere Städte Investitionen in Sektoren anziehen, die nicht auf Agglomerationseffekte angewiesen sind. Backoffice-Dienstleistungen beispielsweise können dort einen Standortvorteil haben, wo Büro- und Wohnflächen billig sind.

Und schließlich gibt es Gründe dafür, den Egoismus der wohlhabenderen Gegenden zu begrenzen. Die bisherige Verteilung der Kompetenzen zwischen nationalen und subnationalen Ebenen sowie die heutigen Besteuerungsstrukturen wurden unter völlig anderen Voraussetzungen entworfen. Um die geo-ökonomische Kluft zu verringern, müssen sie vielleicht grundlegend überdacht werden.

(c) Project Syndicate



Jean Pisani-Ferry
Berlin

Jean Pisani-Ferry ist Professor für Ökonomie und *Public Management* an der *Hertie School of Governance* und an der *Sciences Po* in Paris. Er war Gründungsdirektor von *Bruegel*, einem einflussreichen wirtschaftswissenschaftlichen Thinktank in Brüssel. Dort ist er heute auch *Senior Fellow*.

5 LESERBRIEFE

Götz Loreck schrieb am 08.10.2016

Da sammeln sich also in den wohlhabenderen Regionen eher die Akademiker; dort wird eher mitte-links gewählt. Das gibt insofern zu denken, als diese, setzen wir voraus höher gebildete Gruppe sich der Kultur- und Bildungsvoraussetzungen wegen eher in der Tradition der Aufklärung in Hinsicht der Achtung vor dem Moralischen Gesetz verpflichtet fühlen sollte. Da dem nicht so ist, da Papst Franziskus mit bezeichnend geringem Echo deutlich mahnend von einer Wirtschaft, die tötet, spricht und mit besorgtem Ernst die Welt in einem Dritten Weltkrieg beschreibt, muß doch wohl von seelenverkrüppelnden Kultur- und Bildungsbedingungen gesprochen werden. - Was tun?!

Robert schrieb am 11.10.2016

Ein Blick nach Südotasien oder auch nach Afrika-Subsahara zeigt, dass die Globalisierung mit Abstand am meisten dazu beigetragen hat, Hunger in der Welt zu reduzieren und Wohlstandsregionen entstehen zu lassen.

Der Artikel bezieht sich im wesentlichen auf eng begrenzet Regionen hochindustrialisierter Länder. Solche Regionen gibt es, man braucht da nicht in die USA zu blicken. Aber sie sind - siehe Teile des Ruhrgebiet - Folge eines nicht oder fehlerhaft staatlich begleiteten Strukturwandels. Im globalen Maßstab aber sind das, ohne die entsprechenden Probleme und Nöte der Betroffenen klein reden zu wollen, Marginalien.

Rolf schrieb am 13.10.2016

Die These von der wachsenden Kumulation räumlicher, sozialer und politischer Polarisierung bzw. Spaltung der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften ist gut begründet. Die Auswirkungen für die Sozialdemokraten sind fatal. Nur - Wie kann darauf politisch reagiert werden? Eine Antwort hat die FES für Deutschland mit ihrer Studie zur neuen Gemeinschaftsuaufgabe "Regionale Daseinvorsorge" versucht. Leider hat sich die EU-Politik im Zuge des neoliberal-konservativen Mainstreams von ihrem Ziel des Ausgleichs regionaler Entwicklungsunterschiede längst verabschiedet. Aufbauen statt Zerstören wäre die neue Losung für das Ruhrgebiet, Teile Ostdeutschlands, Bremen und

Griechenland!!!

Götz Loreck schrieb am 13.10.2016

@ Rolf ("Leider hat sich die EU-Politik im Zuge des neoliberal-konservativen Mainstreams...") Da bleibt also nur der Weg der Beförderung zur Renaissance der Aufklärung. Vielleicht sollte in den Schulen vor die Verbesserung der Digitalisierung eine Verstandesschärfung zur Achtung vor dem moralischen Gesetzes gestellt werden? Vielleicht ist es aber schon zureichend, wenn jeder die Freiheit in Anspruch nimmt; "und zwar die unschädlichste unter allem, was nur Freiheit heißen mag, nämlich die: von seiner Vernunft in allen Stücken öffentlichen Gebrauch zu machen."

Bernd Engelking schrieb am 18.10.2016

Robert
Der Hunger wurden nicht verringert, sondern anders verteilt, nachdem der Hunger in Südostasien oder auch der Afrika-Subsahara zunächst geschaffen wurde. Und keine Kritik an Entwicklungshilfe, IWF, Wirtschafts- und Subventionspolitik? Zerstörung der regionalen

Wirtschaftsräume?
Kolonialismus und Imperialismus sind Ausdruck der Globalisierung im Kapitalismus in ihrer schlimmsten Form. Der Neoliberalismus als übersteigerter Kapitalismus erfordert unbedingt die weitere Globalisierung. Das nennt man auch Erschließung neuer Märkte zu Zwecke der Ausbeutung, um bei uns noch mehr Wohlstand, Luxus und Wegwerfgesellschaft zu schaffen. Wir verarmen so die "Entwicklungsländer".
